

## Niederschrift

über die 21. Sitzung des Stadtrates  
am 25.04.2002 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Stadtverordnete (StV) an der Sitzung teil:

Schmitz, Peter,	1. stellv. Bürgermeister abwesend
Marquardt, Martin,	2. stellv. Bürgermeister
Anhalt, Wolfgang,	StV
Beck, Dr. Friedhelm,	StV
Beginn, Arnold,	StV
Behrens-Hommel, Eva,	StV
Birx, Michael,	StV
Bochem, Hans-Peter,	StV
Bongartz, Hubert,	StV
Borowski, Helma,	StV
Capellmann, Peter,	StV
Doose, Friederike,	StV
Esser-Faber, Margarete,	StV
Fink, Ulrike,	StV
Fitting, Hans Willi,	StV
Frey, Heinz,	StV
Friedrich, Egbert,	StV
Granderath, Bernd,	StV
Gruben, Martina,	StV
Gunia, Wolfgang,	StV
Gussen, Erich,	StV
Hövelmann, Jens,	StV abwesend
Hoven, Matthias,	StV
Kieven, Hubert,	StV
Köhne, Franz-Josef,	StV
Kolonko-Hinssen, Eva-Maria,	StV
Lambertin, Servatius,	StV
Lohn, Helmut,	StV
Meyer, Hans,	StV
Müller, Heinz,	StV
Neuenhoff, Claus Hinrich,	StV
Pelzer, Klaus,	StV
Peterhoff, Arnold,	StV
Pott, Hildegard,	StV
Riesen, Karl-Heinz,	StV
Schumacher, Dr. Helmut,	StV
Stauch, Ingrid,	StV abwesend
Steuftmehl, Helmut,	StV

Talarek, Anke,	StV
van Snick, Doris,	StV
Viertmann, Karl,	StV
Wilms, Wilfried,	StV

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Krause, Joachim	Dezernent
Spelthann, Edmund	Kämmerer
Haffner, Kerstin	Rechtsamtsleiterin
Heinen, Helmut	Hauptamtsleiter und Schriftführer
Heuter, Leo	Hochbauamtsleiter zu TOP 3
Marx, Gert	Schulamtsleiter zu TOP 3

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Stadtrat beschlussfähig ist.

Weiterhin schlägt er vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Beratungspunkt

5a Unterricht im Elementarbereich

zu erweitern.

Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung der Erweiterung wie folgt dar:

### **Tagesordnung:**

- A. Öffentlicher Teil
  - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
  - 2. Anfragen
    - 2.1. Anfrage Nr.: 6/2002 der F.D.P. Fraktion im Rat der Stadt Jülich vom 15.04.2002 betr. das neu eingeführte Buchungsprogramm „KIRP“
  - 3. Erweiterung Gymnasium Zitadelle
  - 4. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Jülich an Herrn Helmut Scheuer
  - 5. Bericht über das betriebliche Vorschlagswesen (BVW) der Stadtverwaltung
  - 5a Unterricht im Elementarbereich
- B. Nichtöffentlicher Teil
  - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
  - 2. Anfragen
  - 3. Verschiedenes

## A. **Öffentlicher Teil**

### 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Mitteilungen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates nicht vorliegen.

Die Übersicht über die noch nicht durchgeführten Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

### 2. Anfragen

#### 2.1. Anfrage Nr.: 6/2002 der F.D.P. Fraktion im Rat der Stadt Jülich vom 15.04.2002 betr. das neu eingeführte Buchungsprogramm „KIRP“

(Vorlagen-Nr.: 198/2002)

#### Anfragetext:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

aus verschiedenen Bereichen der Jülicher Bevölkerung, die in der letzten Zeit **A**Zahlungsverkehr@mit der Stadt Jülich hatten, habe ich von Problemen gehört. Dem Vernehmen nach müssen wohl nicht unerhebliche Probleme mit dem neu eingeführten **A**Buchungsprogramm KIRP@die Ursache sein.

Ich bitte Sie, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.4.2002 hierzu im öffentlichen Teil einen Bericht abzugeben. Sollte dies nicht möglich sein, so bitte ich um eine Vorabinformation in der Sitzung und dann einen gesonderten Tagesordnungspunkt in der Ratssitzung am 25.4.2002 aufzunehmen.@

#### **Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:**

Die Aufnahme in die Tagesordnung des Hauptausschusses am 18.4.2002 oder in der Ratssitzung von heute war aus terminlichen Gründen nach unserer Geschäftsordnung nicht mehr möglich.

Mit dem Fraktionsvorsitzenden der F.D.P. Fraktion, Herrn Neuenhoff, besteht Einvernehmen darüber, dass der Antrag als Anfrage behandelt wird.

Bekanntlich plant das Land NRW eine grundlegende Reform des gemeindlichen Finanzwesens.

Im Vorgriff auf diese Reform war es unausweichlich, auch eine neue, ADV gestützte, Softwarelösung für das Haushalts- und Kassenwesen einschließlich einer Kosten- und Leistungsrechnung zu entwickeln und einzuführen.

Die KDVB Rhein-Erft-Rur hat sich im Jahre 1998 entschieden, die Softwarelösung der Firma Ifs, heute RWE-Systems, anzuschaffen. Wie bekannt ist, hat die Stadt Jülich ab dem Haushaltsjahr 2001 bereits das Teilmodul Haushaltsplanung und -Ausführung erfolgreich im Echtbetrieb eingesetzt. Ebenfalls in einem Fachbereich im Einsatz ist das Teilmodul IRP - Kosten-Leistungsrechnung.

Folgerichtig haben wir uns auf Bitten der KDVB im Jahre 2001 entschieden, als letzten Teil das Kassenmodul sowohl für Sach- als auch Personenkonten einzuführen. Dieses

ABuchführungsmodul@ von KIRP ist erstmals und ausschließlich bei der Stadt Jülich als Pilotanwender in ganz Deutschland im Einsatz. Naturgemäß läuft ein gänzlich neues Verfahren nicht von Anfang an rund. Damit haben wir auch gerechnet und waren zuversichtlich, mit Unterstützung der KDVZ und der Herstellerfirma zeitnah das neue Verfahren umsetzen zu können.

Sehr schnell stellte sich aber heraus, dass das Verfahren von der Konzeption und Programmierung her doch erhebliche Fehler aufwies. Trotzdem haben wir uns entschieden, das Verfahren weiter einzusetzen und auftretende Fehler zusammen mit dem Hersteller und der KDVZ zu beheben. Inzwischen sind wir zuversichtlich, doch in Kürze ein funktionierendes Verfahren zur Verfügung zu haben. Am kommenden Wochenende wird ein neues Release von der KDVZ aufgespielt, von dem wir hoffen, fehlende Funktionalitäten zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Klar ist aber auch, dass wegen der komplexen Softwarelösung weiterhin kleinere Fehler auftreten werden.

Bisher kam es zu Problemen beim Einzug von Forderungen, bei der Erstattung von Überzahlungen sowie bei der ordnungsgemäßen Zuordnung von Zahlungseingängen, um nur die gravierenden Fehler, die Außenwirkungen zu unseren Bürgern haben, zu nennen. Mit Hochdruck arbeiten alle Beteiligten daran, eine für alle Seiten zufriedenstellende Funktion zu erreichen. Ich hoffe, dass dies ab der kommenden Woche der Fall sein wird.

Ich darf alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger bitten, Verständnis zu zeigen.

Ich bin gerne bereit, zusammen mit dem Kämmerer weitere Erläuterungen zu geben, wenn dies gewünscht wird.

In der Juni-Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird über die Weiterentwicklung in dieser Angelegenheit berichtet.

3. Erweiterung Gymnasium Zitadelle  
(Vorlagen-Nr.: 168/2002)

Zu Beginn der Beratung stellt Beigeordneter Schulz den in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.04.2002 mehrheitlich gewünschten Vorentwurf für einen Solitärbau im westlichen Bereich des Grundstücks vor.

In der nachfolgenden Diskussion wiederholt Stadtverordneter Köhne für die SPD-Stadtratsfraktion die bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.04.2002 geäußerten Bedenken gegen die jetzt vorgeschlagene Lösung und appelliert an alle Ratsmitglieder, sich für die von der SPD-Stadtratsfraktion vorgeschlagene sogenannte „große Lösung“ zu entscheiden, da dies für Jülich eine zukunftsorientierte Lösung sei.

Stadtverordneter Gunia verweist auf die seitens der CDU-Stadtratsfraktion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.04.2002 geäußerte Meinung, an welcher sich bis heute nichts geändert habe. Nunmehr gelte es, nach Anhörung der Schulkonferenz zu entscheiden, ob ein Anbau oder ein Solitärbau errichtet werden soll.

Stadtverordneter Neuenhoff schließt sich für die F.D.P.-Stadtratsfraktion den Ausführungen des Stadtverordneten Gunia an.

Stadtverordnete Talarek unterstützt für die Fraktion „Die GRÜNEN“ die Ansicht der SPD-Stadtratsfraktion und bedauere, dass aus parteipolitischen Gründen nunmehr anders entschieden werde.

Nach weiterer Aussprache führt Bürgermeister Stommel aus, dass nach seiner Auffassung keine finanziellen Spielräume für die sogenannte „große Lösung“ vorhanden seien. Erhebliche Mittel der Schulpauschale würden für die EDV-Einrichtung in den Schulen verwandt. In Würdigung der Tatsache, dass die Stadt Jülich an ihrer finanziellen Grenze angekommen sei, seien derartige Belastungen für die Zukunft nicht tragbar, insbesondere wenn er das Jahr 2003 betrachte. Weil der Zwang zum Sparen bestehe, sei seitens der Verwaltung eine tragbare Lösung entwickelt worden.

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen

Die in der heutigen Sitzung vorgestellte Variante des Solitärbaus soll der Schulkonferenz des Gymnasiums Zitadelle vorgestellt werden.

Weiterhin beschließt der Stadtrat einstimmig, die Entscheidung über die Erweiterung des Gymnasiums Zitadelle in einer Ratssitzung am 15.05.2002 zu treffen, zu der die Mitglieder des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses sowie die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses eingeladen werden sollen.

4. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Jülich an Herrn Helmut Scheuer  
(Vorlagen-Nr.: 173/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Herrn Helmut Scheuer, wohnhaft in Jülich, Victor-Gollancz-Straße 1, wird in Anerkennung seiner Verdienste um das Wohl und das Ansehen der Stadt Jülich in kulturellem und heimatpflegerischem Bereich der Ehrenring der Stadt Jülich verliehen.

5. Bericht über das betriebliche Vorschlagswesen (BVW) der Stadtverwaltung  
(Vorlagen-Nr.: 169/2002)

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Auf Anregung von Stadtverordneten Neuenhoff wird die Verwaltung einvernehmlich gebeten, in einer der nächsten Sitzungen näher darzulegen, welche Verbesserungsvorschläge realisiert worden sind und welches Einsparpotential sich überschläglich hiermit verbindet.

Der Bürgermeister sagt entsprechende Erledigung zu.

5.a Unterricht im Elementarbereich  
(Vorlagen-Nr.: 190/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Die zum 01.08.2002 frei werdenden 14 Unterrichtsstunden im Elementarbereich werden im Rahmen einer BAT-Stelle besetzt.

Der Einstellungsstoppbeschluss des Stadtrates vom 13.06.1996 wird für diesen Fall aufgehoben.

**B. Nichtöffentlicher Teil**